

Vergütung viel zu niedrig

Reutlingen. **Um sich über die Situation der Reutlinger Hebammen zu informieren, sprach Beate Müller-Gemmeke mit Vertreterinnen des Hebammenverbandes.**

"Es gibt einen ganz klaren Handlungsbedarf der Politik", erklärte Grünen-Abgeordnete Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für Arbeitnehmerrechte, nach dem Gespräch. "Auch freiberufliche Hebammen haben ein Recht auf faire Entlohnung. Sie brauchen Rahmenbedingungen, die eine wirtschaftlich rentable Geburtshilfe zulassen". Das größte Problem seien die gestiegenen Prämien der Berufshaftpflichtversicherung, die Hebammen zu leisten haben. Die Jahresprämie habe sich seit 1992 mehr als verzehnfacht. Seit 1. Juli liegt die Jahresprämie bei 3689.

Die Vergütungen für Hebammen seien viel zu niedrig. "Mit einem durchschnittlichen Stundenlohn von netto gerade mal 7,54 Euro sind die Ausgaben nicht zu decken", so Birgit Maurer, Vorsitzende des Reutlinger Hebammenverbandes. Auch die Anhebung der Vergütung für außerklinische Geburten um 100 Euro und die Vergütung für klinische Geburten um acht Euro greife zu kurz. "Das reicht bei weitem nicht aus, um den immensen Anstieg der Haftpflichtprämien auszugleichen und die geburtshilfliche Tätigkeit der Hebammen langfristig zu sichern. Die Entscheidung setzt kein deutliches Signal, dass die Wahlfreiheit des Geburtsortes erhalten werden soll", betont die Stillbeauftragte Christine Landgraf. Den Hebammen bleibt oft nur die Wahl, den Kernbereich ihres Berufsstandes aufzugeben oder sich in Mehrarbeit zu stürzen - bei völlig unkontrollierbaren Arbeitszeiten.

Beate Müller-Gemmeke unterstützt die Hebammen in ihren Forderungen: "Dass man 60 bis 70 Stunden die Woche arbeiten muss, um von seiner Arbeit leben zu können, ist schlichtweg unanständig. Auch in dieser Berufsgruppe müssen die Lasten gerecht verteilt werden." Die Grüne Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, Informationen über die Arbeits- und Einkommenssituation von Hebammen zu veröffentlichen. "Nicht einmal solide Daten liegen bisher vom Gesundheitsministerium vor, geschweige denn Lösungsansätze", so Müller-Gemmeke. Ein Rechercheauftrag der Grünen an den wissenschaftlichen Dienst des Bundestages soll herausfinden, wie andere Länder mit den Haftpflichtprämien für Hebammen umgehen.